

## **Grundrechtsdebatten und ein Sexskandal**

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung vom 22. bis 27. Juli 2013*

(mg) Die Unsicherheit und das Unbehagen der Bevölkerung über die Ausspährpraktiken des amerikanischen Nachrichtendienstes, der National Security Association, beschäftigten auch in dieser Woche die US-Medien. Am Donnerstag war ein parteiübergreifender Antrag im Repräsentantenhaus eingegangen, welcher eine Einschränkung der Überwachungstaktiken der NSA forderte. Telefonüberwachungen sollten nach diesem Gesetzesvorschlag nur dann angewandt werden können, wenn sie im Zuge eines begründeten Verdachts auf terroristische Aktivitäten eines Verdächtigten erfolgten. Obwohl der Antrag abgewiesen wurde, sieht die *New York Times* in der Knappheit der Abstimmung, 205 zu 217 Stimmen, ein klares Zeichen für das Unbehagen der Bevölkerung über die Verletzung ihrer Privatsphäre. Bei der Analyse des Ergebnisses kommt die Zeitung zu dem Schluss, dass die Abgeordneten zwölf Jahre nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001 scheinbar das Trauma überwunden haben und nicht mehr „reflexartig“ auf eine Erhöhung der Sicherheit drängen. Nun rücken die Privatrechte der Bevölkerung wieder in den Vordergrund, weshalb die *Los Angeles Times* von der Obama-Regierung mehr Transparenz in Bezug auf die Überwachungsmethoden der NSA fordert. Das Blatt fügt aber hinzu, dass die wichtige Balance zwischen privater Freiheit und nationaler Sicherheit eine Angelegenheit ist, welche Zeit und eine ausführlichen Debatte auf der Basis zuverlässiger und vollständiger Informationen benötigt.

Für weitere Beunruhigung sorgte ein Urteil eines Bundesberufungsgerichts, welches befand, dass James Risen, ein angesehener Reporter der *New York Times*, dazu verpflichtet sei vor Gericht über seine CIA-Quelle, welche ihm beim Schreiben eines Buches geholfen hatte, auszusagen; ansonsten droht ihm eine Gefängnisstrafe. Nachdem ein Bundesbezirksgericht unter Berufung auf den ersten Zusatz der amerikanischen Verfassung, welches unter anderem Pressefreiheit gewährt, Risen von diesem Zwang befreit hatte, bleibt nun die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs abzuwarten. Sollte dieser das jetzige Urteil bestätigen, fürchtet die *Washington Post*, dass dies zu einer enormen Einschränkung der Pressefreiheit führen wird, da Journalisten die Geheimhaltung ihrer Quellen nicht mehr gewährleisten könnten. Deshalb fordert sie einen gesetzlichen „Abwägungstest“, welcher in besonderen Fällen dieser Art, in

welchem nationale Sicherheit gegen Pressefreiheit steht, prüfen soll, ob das öffentliche Interesse, beziehungsweise Informationsrecht, oder nationale Sicherheit schwerer wiegt. Der *New York Times* zufolge hat Generalbundesanwalt Eric Holder Jr. schon angekündigt neue Richtlinien für diese Verfahren zu erlassen, welche ihrer Meinung nach beinhalten müssten die Entscheidung des Bundesgerichts zurückzunehmen.

Im Gegensatz zu den vorherrschenden Debatten über die Grundrechte der Amerikaner scheint der Skandal um die Sexaffäre Anthony Weiners, der momentan für das Bürgermeisteramt von New York City kandidiert, weitaus banaler zu sein. Dennoch wird rund um die Uhr darüber berichtet, wie Weiner zum wiederholten Male sexuell explizite Fotos von sich fremde Frauen verschickte. Dasselbe Verhalten war zwei Jahre zuvor der Grund seines Rücktritts als Kongressabgeordneter gewesen. Nach einem einjährigen Rückzug aus dem öffentlichen Leben meldete er sich in einem Interview mit dem *People* Magazin als „neuer Mensch“ zurück und verkündete seine geplante Kandidatur als Bürgermeister für New York City. Nun steht er wieder für selbiges Verhalten in der Kritik der Medien. Die *New York Times* und andere große Zeitungen raten ihm von der Kandidatur zurückzutreten, denn sie sehen das Vertrauen, welches die Öffentlichkeit Weiner zurückgegeben hatte, missbraucht. Die *USA Today* hingegen sieht nicht das wiederholte Lügen Weiners als sein größtes Problem, sondern unterstreicht, dass eine Person, die so wenig über die Konsequenzen seines eigenen Handelns nachdenke, nicht den moralischen Kompass besäße, welcher Voraussetzung für die Bekleidung eines öffentlichen Amtes sei.

Quellen:

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)

[www.usatoday.com](http://www.usatoday.com)

[www.latimes.com](http://www.latimes.com)